



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2019/0645</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 5</b>
<b>Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe im CO2-Abgabe e. V.</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>23.07.2019</b>	<b>11</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Die Verwaltung befürwortet den Antrag.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	3.052 €		ca. 3.050 €
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input checked="" type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridor-thema: Grüne Stadt
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Dem Anliegen, mit einer sozialverträglich gestalteten CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sinne der Idee des CO<sub>2</sub>-Abgabe e. V. auf den Klimaschutz steuernd Einfluss zu nehmen, steht die Verwaltung aufgeschlossen gegenüber, denn es wird für notwendig gehalten, dass in der Gesetzgebung bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um den Klimaschutz zu forcieren. Allein mit den Möglichkeiten einer Kommune können die notwendigen Klimaziele nicht erreicht werden.

Auch die Kommunalverbände und zahlreiche andere Institutionen wie zum Beispiel das Umweltbundesamt halten eine CO<sub>2</sub>-Abgabe für eine sinnvolle Maßnahme.

Der CO<sub>2</sub>-Abgabe e.V. hat folgende Ziele:

### **Konzept CO<sub>2</sub> Abgabe**

*Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen und damit große und zum Teil unumkehrbare Schäden für Natur und Mensch abzuwenden oder zu mildern.*

### **Ohne lenkende CO<sub>2</sub>-Preise auf fossile Energieträger werden die Klimaschutzziele verfehlt.**

*Hauptverursacher des Klimawandels ist der CO<sub>2</sub> Ausstoß, der durch die Verbrennung von Kohle, Öl, Gas, in die Atmosphäre erfolgt. Daraus folgt: Ohne einen zügigen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist der Klimawandel nicht aufzuhalten. Aber zum Ausstieg gibt es keinen Anreiz, weil CO<sub>2</sub> keinen wirksamen Preis hat und damit den ökonomischen Rahmenbedingungen die Lenkungswirkung fehlt. Wer die Atmosphäre verschmutzt soll auch dafür zahlen – mit einer verursachergerechten CO<sub>2</sub> Abgabe.*

### **Der Weg zu internationalen CO<sub>2</sub>-Preisen führt über nationale Initiativen.**

*Der europäische Emissionshandel scheitert an der unzulänglichen Umsetzung, mit einer wirksamen Änderung ist auch in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Nationale CO<sub>2</sub> Abgaben hingegen lassen sich einfacher umsetzen – wie schon andere Länder (Schweden, Schweiz, Großbritannien) zeigen. Nationale Initiativen stehen internationalen CO<sub>2</sub>-Preisen nicht im Weg, sondern werden internationale Vereinbarungen beschleunigen.*

### **Eine Abgabe statt vieler Steuern und Umlagen**

*Mit den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub> Abgabe können bestehende Steuern und Umlagen auf Energie, wie z.B. die EEG Umlage, die Stromsteuer und die Energiesteuer auf Heizöl und Heizgas, finanziert werden. Im Gegenzug entfallen sie für den Verbraucher. Es geht also nicht um Mehrbelastung, sondern um eine Neuausrichtung von Steuern und Umlagen am Klimaschutz. Bürger und mittelständische Unternehmen zahlen damit insgesamt nicht mehr und es profitiert, wer sich klimagerecht verhält.*

### **Über die nationale CO<sub>2</sub> Abgabe werden:**

- 1. die nationalen Klimaschutzziele erreicht,*
- 2. die Kosten der Energiewende und des Klimaschutzes gerechter und sozialverträglicher verteilt und*
- 3. starke Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien erzeugt.*

*Wir wollen mit unserer Initiative Akteure, die unser Anliegen teilen, unterstützen und einladen, für eine ökonomische Neuausrichtung der Energiewende zu werben. Wir sind davon überzeugt, dass unser Anliegen im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert werden muss.*

*Dafür werben wir und laden andere ein, uns dabei zu unterstützen. Je deutlicher sichtbar wird, wie stark diese Unterstützung von Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ist, desto leichter wird es der Politik fallen, sich dieser Thematik parteiübergreifend anzunehmen.*

Vorteile eines Beitritts von Kommunen zum CO<sub>2</sub>-Abgabe e. V.:

1. Kommunen sind direkt vom Klimawandel betroffen, Klimaschutz braucht deshalb eine kommunale Lobby.
2. Der Verein vertritt kommunale Interessen einer verursachergerechten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Berlin zielgerichtet.
3. Die Stimme einer Kommune wiegt mehr als die Stimmen einzelner Bürgerinnen und Bürger.
4. Karlsruhe will als Kommune im Klimaschutz vorangehen, aber bundespolitische Rahmenbedingungen verhindern dies durch zu viel Bürokratie.
5. Bürgerinnen und Bürger, Gewerbe und Kommunen profitieren finanziell von der konsequenten Umsetzung des CO<sub>2</sub> Abgabe Konzepts

Der Mitgliedbeitrag beläuft sich auf 0,01 €/Einwohner und Jahr. Für die Stadt Karlsruhe entstehen hierdurch Ausgaben in Höhe von 3.052 € bezogen auf die Einwohnerzahl des Jahres 2017. Im Jahre 2020 würde die Ausgabe über das Sachkostenbudget des Umwelt- und Arbeitsschutzes laufen. Ab 2021 wäre eine zusätzliche Etatisierung erforderlich.

Bisher sind unter anderem auch die Städte Erlangen, Freiburg und Schönau im Schwarzwald als Mitglied registriert.

Die Verwaltung befürwortet den Antrag.